

# Correspondent

Erscheint

Montag, Donnerstag,  
Sonntags.  
Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 4. Juni 1896.

№ 62.

**Bremerhaven, 1. Juni.** 20 Gehilfen der Nordwestdeutschen Zeitung haben heute die Arbeit niedergelegt.  
**Martenskirchen, 2. Juni.** (Telegramm). Kollegen ausständig wegen Maßregelung. Bezug fernhalten.

### Rückschritt oder Fortschritt?

Durch die jüngste Bewegung im Buchdruckgewerbe ist die Lage in demselben eine gegen die letzten Jahre, zum Teil überhaupt gänzlich andre geworden. Bedeutet nun diese Veränderung einen Fortschritt oder ist sie ein Rückschritt in Bezug auf die Lage der Buchdruckergehilfen? Daß sie das letztere sei, dafür werden Stimmen aus Gehilfenkreisen laut, die zum Teile mit recht gewichtigen Schlagworten operieren und sie finden die Unterfütterung wohlwollender nationalökonomischer Talente aus anderen Kreisen, die mit mehr oder weniger Sachkenntnis die Niederlage der Buchdruckergehilfen und die Rückkehr derselben zur „Harmonieduselei“ erörtern.

Borausgesetzt, daß unsere Organisation in der augenblicklichen Geschäftslage wirklich in der Lage gewesen wäre, allüberall im Deutschen Reich bis in den entferntesten Winkel hinein jedem Buchdruckergehilfen die Verkürzung der Arbeitszeit um eine ganze Stunde und die fünfzehnprozentige Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs zu erkämpfen, soll denen, die es glauben, unbenommen bleiben, damit allein die soziale Frage für die Buchdruckergehilfen für gelöst zu halten. Die Mehrzahl der Menschen und auch der Buchdrucker wird hoffentlich niemals aufhören, immer vorwärts zu streben und jede Verbesserung ihrer Lebenslage als Abschlagszahlung aufzufassen, sei es, daß ein höherer Verdienst sie mehr Bedürfnisse befriedigen, sei es, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit sie mehr Zeit für den ersten und frohen Lebensgenuss gewinnen läßt, sie wird aber auch jede Verbesserung, mehr oder weniger umfangreich, als einen Fortschritt begrüßen und zu erhalten sich bemühen, nicht aber einem solchen, zumal wenn er keine Opfer gekostet hat, in eitlem und närrischer Verblendung eine mit vielen schweren Opfern „erkaufte“ sogenannte christliche Niederlage vorziehen.

Wollen wir die Errungenschaften der letzten Bewegung eingehend beurteilen, so dürfte zunächst Einstimmigkeit unter allen Buchdruckergehilfen darüber herrschen, daß mehr allemal besser ist, ohne dem „mehr“ eine Grenze zu ziehen; von logisch Denkenden dürfte aber auch kaum bestritten werden können, daß etwas immerhin mehr ist als nichts. Und ist denn nicht thatsächlich etwas der Erfolg der Bewegung?

Die Erhöhung des Lohnes ist gering, aber immerhin rechnet sie selbst da, wo bisher der alte Tarif voll und ganz bezahlt wurde. Boraussetzlich wird aber der Umstand, daß diese Erhöhung so gering ist, gerade denjenigen zu gute kommen, die zur Zeit am lauesten darüber klagen, den vielen Kollegen in den kleineren Städten, denen es bisher nicht möglich war, die Bezahlung auch nur des alten Tarifs voll und ganz zu erwirken. Gerade die geringfügigkeit der Erhöhung dürfte vereint mit dem sanften Druck, den die tarifstreuen Prinzipale im eignen Interesse ausüben werden, eine ganze Reihe von Offizinen zu tarifstreuen machen, sie dadurch der im Verband organisierten Gehilfenschaft öffnen und insoweit unsere Arbeitsmarkt entlasten und das dürfte nicht nur in der Provinz, sondern selbst in den Großstädten eintreten. Das wäre ein Fortschritt, der höher zu veranschlagen ist als die Lohnerhöhung, welche letztere aber immerhin doch auch — wenn auch gering — vorhanden ist.

Ferner unbefristet vorhanden ist als Erfolg der Bewegung die Verkürzung der Arbeitszeit. Freilich, sechs Stunden pro Woche wären mehr als drei, aber drei Stunden pro Woche sind etwas, also mehr als nichts. Wird hierdurch unser Arbeitsmarkt entlastet werden? Es dürfte gut sein, sich in dieser Hinsicht keinen überschwenglichen Hoffnungen hinzugeben. Da, wo schon jetzt mit größter Intensität gearbeitet wird, insbesondere in den großen Zeitungsoffizinen, wird ohne Zweifel, wenn die Arbeitszeit dem Tarif angepaßt wird, für neues Personal Platz geschaffen werden, wie es ja auch zum Teile schon geschehen ist. Im allgemeinen aber dürfte hier ein mechanisches Rechenexempel irreführen. Alle Erfahrungen haben ergeben, daß selbst größere Verkürzungen der Arbeitszeit eine Verringerung der Produktivität der ein-

zelnen Arbeitskraft, die doch die Voraussetzung einer größeren Nachfrage nach Arbeitskräften wäre, nicht zur Folge hatten. Die Intensität der Arbeit wird zunehmen, auch wenn dabei nicht antreibend nachgeholfen wird, auch da, wo nicht in der Akkordarbeit der Trieb, möglichst viel zu verdienen, der sich keine Grenzen vorzuschreiben läßt, das bedingt. Je länger die Ruhepause des einzelnen ist, desto mehr Kraft sammelt er nicht nur an, sondern auch eine um so größere Spannung der Nerven, die es ihm gar nicht merken läßt, wenn er in der kürzern Arbeitszeit genau dasselbe Quantum Kraft verbraucht als in der längern und so wird die Intensität der Arbeit ganz von selbst steigen ohne jede Nachhilfe; diese Entwicklung wird sich auch nicht durch irgendwelche hinführende Versuche aufhalten lassen. Zwar wird mancher, der mit warmem Herzen von der Verkürzung der Arbeitszeit eine Abnahme der Arbeitslosigkeit und ihres Elends erhoffte, dadurch enttäuscht werden; ja, wenn Wünsche maßgebend wären! Die Arbeitslosigkeit ist keine Frage, die sich auf so mechanischem Wege lösen läßt, sondern sie ist eine Folge des Unterkonsums, der mangelnden Kaufkraft der großen Massen. Und doch kann auch zur Abstellung dieses Uebelstandes und damit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit all ihren günstigen Perspektiven für die Hebung der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Lage die Verkürzung der Arbeitszeit ihr Teil beitragen dadurch, daß sie das kulturelle Niveau hebt, infolgedessen nicht nur die Bedürfnisse der Massen steigen läßt, sondern auch vermehrte Gelegenheiten zur Verdrängung der Bedürfnisse schafft; denn je weiter ein Volk in der Kultur vorgeschritten ist, d. h. der wirklichen Kultur, die in dem wirtschaftlichen und geistigen Niveau der breiten Massen ihren Ausdruck findet, um so mehr beherrschen seine Produkte den Weltmarkt, um so mehr blühen Handel und Gewerbe wirklich, um so mehr Arbeitsgelegenheit ist vorhanden, um so weniger Arbeitslosigkeit, um so höhere Löhne, um so kürzere Arbeitszeit. Eine weite Aussicht, fast ein Zukunftsstaat, aber ein Ausblick, an den sich alle diejenigen Elemente aus allen Klassen gewöhnen sollten, die es ernst mit dem wirklichen Fortschritte meinen.

Wir Buchdrucker haben es im Augenblicke nur mit der Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde zu thun. Wie nun, wenn die Erfahrung der nächsten Zeit unseren Prinzipalen beweist, daß diese Verkürzung die von ihnen, weil eventuell den Geldbeutel berührende, so sehr gesürchtete Verringerung der einzelnen Produktionskraft nicht zur Folge hat. Sollten sie aus diesem, sagen wir einmal, Experiment nicht viel mehr geneigt werden, einer weitern Verkürzung der Arbeitszeit zuzustimmen, die ihnen, dann erwiesenermaßen, keinen Schaden, sondern höchstens eine Ersparnis an gewissen Betriebskosten bringen kann, von welcher Ersparnis wiederum ein Teil durch weitere Erhöhung der Löhne den Gehilfen zu gute kommen kann? Und sollte nicht ferner sich ergeben, daß, während die Quantität der Arbeit nicht geringer wird, die Qualität der Arbeiter und damit auch der Arbeit durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine bessere wird, was wiederum zweifellos auch die wirtschaftliche Lage des gesamten Gewerbes heben wird? Es soll nicht behauptet werden, daß diese Erkenntnis notwendig in Prinzipalstreifen sich Bahn brechen wird; zum Erkennen von Wahrheiten gehören gewisse Eigenschaften, die auch in Prinzipalstreifen nur potentialitert vertreten sind. Dafür behalten wir doch aber unsere gute und gerade jetzt sicher immer mehr erstarkende Organisation, um dem Umsichgreifen der Erkenntnis, wenn es Zeit ist, ein wenig nachzuhelfen. — Jedenfalls aber liegt eine Verkürzung unserer Arbeitszeit vor, und ist sie auch ein kleiner, so ist sie doch ein Schritt — vorwärts.

Und nun die dritte Errungenschaft: den gemeinsamen Tarifausschuss. Ist der wirklich der Gipfel der Harmonieduselei? Oder ist diese Behörde, die sich Prinzipale und Gehilfen selbst gegeben haben, nicht einfach die Konsequenzen der ganzen Bewegung? Ist die Einigung über gewisse Friedensbedingungen die Konsequenz jeden Kampfes, so haben — selbst wenn man das Moment der Eritlichkeit dabei außer Betracht lassen will — beide Parteien, um die ruhige Entwicklung des Gewerbes und ihre eigene Wieder- resp. Weiterentwicklung zu fördern, ein Interesse daran, die einmal geschaffene Position zu festigen; das

Interesse hieran muß noch lebhafter sein bei dem Teile, für den der Friedensschluß eine Verbesserung seiner Lage gebracht hat, und das sind jetzt wir Gehilfen. Welche Behörde aber wäre wohl geeigneter für diese Aufgabe, als eine solche, die aus Prinzipalen und Gehilfen zu gleichen Teilen gebildet ist. Nicht nur die äußerste Summe von Sachkenntnis ist dadurch in ihr vereint, sondern auch die größtmögliche, wünschenswerte Energie, weil beide Teile in gleichem Maß an dem guten Funktionieren dieser Behörde interessiert sind. Und wie anders will man den Bestimmungen des Tarifs rechtlich bindende Kraft verleihen, als durch eine Behörde, die der Ausdruck des gemeinsamen Willens des gesamten Buchdruckgewerbes ist? Also statt diese Institution zu schmäheln, sollte man einsehen, daß, wie Verhandlungen und Friedensschluß das Ende jeden Kampfes sind, ein gemeinsamer gewerblicher Ausschuss eigentlich auch nur eine weitere Konsequenz davon und thatsächlich das beste Mittel ist, um mancherlei Opfer beiden Teilen des Gewerbes zu ersparen.

Eine andre Frage ist es, ob die Organisation des neugeschaffenen Tarifausschusses und des Tarifamtes mit all ihren Rechten und Pflichten eine richtige und zweckentsprechende ist. Diese Frage soll jetzt hier nicht erörtert werden. Als selbstverständlich soll nur betont werden, daß, solange der Verband der Deutschen Buchdrucker die einzige Organisation ist, die thätig für Ordnung im Gewerbe sorgt und zugleich die Interessen der Gehilfen wahrnimmt — und das wird er voraussichtlich und hoffentlich immer sein — jeder deutsche Buchdruckergehilfe mit Eifer suchbar darüber zu machen hat, daß unserer Organisation auch nicht ein Küpfelchen ihrer Selbständigkeit, ihres Verdienstes und ihrer Bedeutung geraubt wird. Genügt der Tarifausschuss dieser Bedingung, dann kann er nur nützlich, niemals aber schädlich für die Interessen der Gehilfenschaft wirken, vorausgesetzt, daß beide Teile den besten christlichen Willen zur Mitarbeit mitbringen. Und fehlt's an dem guten, christlichen Willen auf der andern Seite — das anzunehmen, dazu liegt im Augenblicke noch keine Veranlassung vor —, nun, dann können auch wir Gehilfen mit größter Seelenruhe auf den Tarifausschuss pfeifen und uns nach wie vor allein auf unsere eigene Kraft verlassen; unsere Mittel erlauben uns das.

Daß unsere Vertreter den Tarif auf eine so lange Reihe von Jahren haben festlegen lassen — Vielleicht ist das noch von Vorteil, denn wer will dafür garantieren, daß der augenblickliche wirtschaftliche Aufschwung nur der Beginn einer günstigen Epoche ist, daß nicht vielleicht schon bald ein Rückschlag sich bemerkbar macht. Es ist aber auch zu bedenken, daß schon der Begriff „Verhandlungen“ bedingt, daß nicht einseitige Wünsche allein das Resultat derselben sein können, daß sie vielmehr auseinanderstrebende Interessen in einem gewissen Punkte zusammenführen sollen. Und daß auch nicht einer der gewählten Gehilfenvertreter nur das Geringste von den Wünschen seiner Wähler ohne Not nachgegeben haben wird, das ist eine Sache lediglich des Vertrauens zu unseren Vertretern. Geltingt es wirklich in der nächsten Zeit, in alle, leider noch so zahlreichen finsternen Gegenden des Deutschen Reiches die Straßen tariflicher Ordnung bringen zu lassen, so wäre dieser Erfolg schon einigen Schwelgen und einiger Ausdauer wert. Geltingt das aber nicht, ei nun, hat nicht schon für diesen Fall die andre Seite angekündigt, daß sie alsdann auf die ganzen Umarmungen pfeifen würde? Warum sollten wir dann dabei nicht assistieren? Sorgen wir inzwischen nur durch weitere Festigung und Erstärkung unserer Organisation dafür, daß eventuell wir es sind, die bei dem pfliffigen Konjunkte den Ton angeben.

Und das gerade ist nicht die geringste Errungenschaft dieser Bewegung, daß wir dieser letzteren Aufgabe jetzt nicht mit größerem Rechte — das ist nicht möglich —, wohl aber mit Stolz und Selbstbewußtsein gerecht werden können. Hat es sich doch wieder einmal gezeigt, daß nur unser Verband und immer wieder nur er es ist, der bei der Regelung der gewerblichen Verhältnisse der einzige Vertreter der Gehilfeninteressen ist; daß er es ist, der die Uebelstände aufspürt und Auswäskien, wo er sie auch findet, energisch entgegentritt. Stolz erhabenen Hauptes dürft ihr, Kollegen, euch eurer Verbandsmitteltätigkeit bewußt sein, und schon euer Selbstbewußtsein wird an-

ziehend wirken und neue Scharen der einzigen Organisation zuführen. Ist es auch nicht anfechtbar, wenn man auch um einer bejohlenen Haltung willen mit radikal klingenden Schlagworten traktiert. Dem Starken nützt seine Stärke nichts, wenn er sie vergeudet, sondern er ist nur dann wirklich stark, wenn er zugleich bejohnen ist. Vor allem aber ist es nicht beweisbar, daß auch die jüngste Bewegung in unserm Gewerbe nicht möglich gewesen wäre, daß statt der Verbesserung eine weitere Verschlechterung unserer Lage sicher gewesen wäre, wenn nicht unsere achtunggebende Organisation der treibende und drohende Faktor gewesen wäre, dem seine Stärke es erlaubte, eine Bewegung ohne Kampf zu einem Ende zu führen, das den Reim zu neuen Verbesserungen schon in sich trägt. Darum sei unsre Lösung jetzt und immerdar: Hoch der Verband!

Berlin.

Mag. Köp.

## Zur Tariffbewegung.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben.

Vorstehende Worte fallen mir unwillkürlich in den Sinn, wenn ich über den Verlauf unserer diesmaligen Tariffbewegung nachdenke. So großartig und impofant wie sie begann, so miserabel und geradezu erniedrigend für unsere Organisation ist sie verlaufen!

Erkennend, daß zwischen Kapital und Arbeit niemals ein Friede herrschen kann, hatte sich die Kollegenchaft auf einen Kampf vorbereitet und kampfesfreudig wie sie war, jubelnd begrüßte sie die Leipziger Resolution, als das Signal zur Mobilmachung. In kaum acht Tagen war das Heer mobil, aber in dem Augenblicke, wo man das Signal zum Losschlagen erwartete, erschien die weiße Fahne der Unterhändler. Murrend stand die mächtige Schar „Gewehr bei Fuß“.

In zahlreichen Resolutionen wurde den inzwischen gewählten Gehilfenvertretern aufgegeben: Entweder der Reunfundentag — oder nichts! Der Reunfundentag kam nicht! Ueber die Köpfe ihrer Wähler hinweg, ließen sich die Gehilfenvertreter den Reunfundentag aufschwagen.

Witzmut entstand in den Reihen der Gehilfen, als sie erfuhr, daß die Gehilfenvertreter dem Dreiklassensystem zugestimmt hatten denn man erkannte sofort, daß hier die von den Prinzipalen ersehnte Spaltung der Gehilfen Nährboden finden konnte.

Die Einführung des ohnehin lächerlichen Tariffs ging gar langsam, fast krebshartig vor sich. Der Corr. bemühte sich, sowohl den Gehilfen als auch den Prinzipalen den Tarif recht schwachhaft zu machen. Vergebens! Als nun die Leitung des Corr., die Prinzipale durchschauend, wieder energischer hervortrat und einen nicht mißzuverstehenden Ton anschlug, da pulsierte auch wieder gleich anderes Leben und die Gehilfenvertreter wurden zur Wiederlegung ihrer Mandate aufgefordert. Aber sie hielten, bis auf den Kollegen Diebel, ihr Mandat fest und dampften nach Berlin, um — dort zuerst ihr Behauern darüber auszudrücken, daß der Corr. sich unterstanden hatte — die Wahrheit zu sagen!

Sebensfalls wollten sie dadurch die Prinzipale für unsere Anträge etwas gefügiger machen und haben es ja auch erreicht, daß so ziemlich alle von den Gehilfen gestellten Anträge abgelehnt worden sind. Die zu stande gekommene Einigungsgeschichte ist ja bereits von berufener Feder besprochen worden.

Wundern aber muß man sich, daß Gehilfenvertreter und in Nr. 60 des Corr. sogar der Verbandsvorstand plötzlich über den Redakteur des Corr. herfallen und ihn am liebsten gleich abmurksen möchten, wenn nicht „Rücksichten auf die Gesamtheit es zur Zeit unthunlich erscheinen ließen, dem Corr.-Redakteur auf die eigenartige Vertretung seiner persönlichen Ansichten in unserm Organ gebührend zu antworten“. Also die Rücksichten auf die Gesamtheit, die man in Leipzig seitens der Gehilfenvertreter vollständig ignorierte (denn sonst dürften die Vertreter nicht für 2½ stündige Arbeitssitzungen stimmen), hindern jetzt an einer gebührenden Antwort auf etwas, an dem absolut nichts auszusagen ist, das von den Kollegen verstanden und gewünscht wurde und das auch nach endgültiger Erledigung der Tarifangelegenheit nicht anders sein wird — nämlich die Wahrheit. Denn bittere Wahrheit, mit Galle und Essig geschmeckt, war es, die aus den Zeilen des Corr. hervortrat und wenn das nun den Herren, die jetzt auf dem Kollegen Gafch herumreiten wollen, nicht gefällt, — nun, so hätten sie von Anfang an nichts anderes thun sollen, als das, was ihnen aufgetragen war: Den Reunfundentag mitbringen oder nichts! Da sie die Wünsche der Gehilfen nicht erfüllt haben, so müssen sie sich von den Andersdenkenden schon gefallen lassen, daß man ihnen die Mißbilligung mit den Beschlüssen ausdrückt. Warum denn der Kollegenchaft mit den Anpreisungen der „Vorzüge“ des neuen Tariffs Sand in die Augen streuen? Warum erklärt man nicht mit dem Kollegen Gafch, daß die ganze Sache nichts wert ist, wenigstens nicht für uns; die Prinzipale allerdings werden ihre helle Freude haben, daß es ihnen endlich gelungen ist, einen Keil in das Gehilfenlager zu treiben.

Sind wir denn wirklich so weit gekommen, daß wir uns vor der Wahrheit scheuen?

Nein! Nimmermehr darf es geschehen, daß unsere Prinzipien verlegt werden. Der Kampfaktion hat uns zur mächtigsten Gewerkschaftsorganisation Deutschlands

gemacht, soll jetzt Feigheit, Furcht vor der Wahrheit uns befehlen? Das kann nicht der Sinn unserer Mitglieder sein! Um dies zu erproben, brauchte man nur eine Urabstimmung, und eine solche ist wirklich über diese Frage nötig, zu veranlassen, dann würde es den Herren im Zentralvorstand und dem Herrn Gehilfenvertreter Reichhäuser schon klar werden, wie die Gehilfen über die Abmachungen denken. Berlin hat gesprochen. Aber daß die Berliner Führer den Spruch der Berliner Kollegen unterdrückt haben, das ist schmutzig. Es zeugt dies von Machinationen, die sich hinter unserm Rücken abspielen haben! Darum: Wahrheit! Vor allem Wahrheit! Frei sei die Meinungsäußerung, frei die Feder, frei die Kollegenchaft von den Fesseln, die man ihr durch die neue Tarifgemeinschaft auflegen will und — frei soll jede die Kollegenchaft von Männern, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, und die das Recht der freien Meinungsäußerung uns abschneiden wollen! Wamen. A. Aumeller.

## Korrespondenzen.

e. Arnberg. Am 17. Mai fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, die von 61 Kollegen besucht war. Anwesend waren Hagen mit 19, Fierlohn mit 8, Weheim mit 1, Willon mit 1, Wenden mit 3 (davon 1 R.-M.), Geseleberg mit 2, Arnberg mit 25 Kollegen (davon 19 R.-M.) und 1 Durchreisender. Aus allen Teilen des großen Bezirkes Hagen waren die Schwarzfünftler per Dampf und zu Fuß nach der Regierungshauptstadt Arnberg geeilt, wo seit 1849 (man höre!) noch nie wieder eine derartige Versammlung von Jüngern Gutenbergs stattgefunden. Kollege Reichenbach-Vielefeld hielt einen nahezu dreiviertelstündigen Vortrag über die allgemeine Lage der Buchdruckergehilfen. Er schloß mit einem warmen Appell zum Beitritt an die uns fernstehenden Kollegen. — Es fand hieran anschließend die Bezirksversammlung statt. Die Berichterstattung über den Gewerkschaftskongreß hatte in dankenswerter Weise Kollege Reichenbach-Vielefeld übernommen. Wenn schon sein vorausgegangener Vortrag sehr sympathisch, so trug ihm die Behandlung dieses Stoffes wiederholt stürmische Bravourstücke ein; in munterer geradezu beider Fronte schilderte er die noch allerwegen vorkommenden Eingriffe staatlicherseits in die Gewerkschaftsbewegung. Den mehr als einstündigen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, in der namentlich der Modus der Delegatenwahl seitens unsers Gaus verurteilt und nachstehende Resolution angenommen wurde: Die heutige Bezirksversammlung protestiert gegen die einseitige Bestätigung des Gewerkschaftskongresses durch den Borort Essen und erwartet, daß in Zukunft der Gewerkschaftsdelegierte durch Urabstimmung der Mitglieder des betr. Gaus gewählt wird. Der Punkt: Berichterstattung über den Stand der Tariffbewegung im Bezirke Hagen war noch nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt. Die „Segnungen des neuen Tariffs“ gelesen nur Fierlohn und Hagen; an letzterem Orte nimmt nach wie vor der Zentrumsman, Reichstagsabgeordneter und Buchdruckerbesitzer Fußangel eine unthunliche Sonderstellung ein. Die übrigen Städte des Bezirkes müssen sich (weil unter 20000 Einwohnern) bescheiden. Eine eingebrachte Resolution gegen jede Tarifgemeinschaft, wurde angenommen, und der Antrag auf Gründung einer Bezirksklasse durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Witten statt. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung, der alle Nichtmitglieder bis ans Ende beigewohnt, geschlossen. Sechs Kollegen meldeten sich zum Verband.

Berlin, 31. Mai. Entgegnung. In Nr. 60 des „Corr.“ berichtigt Herr Salomon den Vereinsversammlungsbericht, indem er angibt, seine Ausführungen über das „Monstrum“ von Tarif wären verschiedentlich falsch weitergegeben. Herr Salomon scheint seine Ausführungen selbst nicht richtig verstanden zu haben, denn er hielt in der That für die Berliner Verhältnisse eine dreistündige Mittagspause am Plage. Im allgemeinen war es wohl Herrn S. weniger ums „Berichtigten“ als ums Ergänzen meines Berichtes zu thun. Die in der betreffenden Versammlung anwesenden Kollegen und hauptsächlich die betreffenden Redner, werden sich wundern, so „wahrheitsgemäß“ den Bericht „ergänzt“ zu finden. Ich will Herrn S. in Erinnerung bringen, daß sich an der Redakteur-Debatte, außer dem Vorsitzenden, die Kollegen Rosenthal, Giesecke, Salomon, Bartel, Lübbecke, Leufert, ein Kollege aus dem Obergau, Straeder, Michaels und Rojensberg beteiligten. Von diesen Rednern äußerten sich im Sinne Salomons nur noch die Kollegen Rosenthal und Michaels, während die übrigen Redner das Borgehen des Redakteurs, im letzten Augenblicke vor den Verhandlungen, mehr oder weniger verurteilten. Und nun Herr S., „damit nur ja die Kollegenchaft Deutschlands von dem wahren Geiste der Berliner Kollegen etwas erfährt,“ will ich einige kurze Ausführungen der Redner bringen, die die Handlungsweise des Redakteurs aufs schärfste rügten. Es wurde nämlich hervorgehoben, daß, nachdem unter persönlicher Mitwirkung des Kollegen Gafch der schnelle Handel Erfolg versprechende Termin des 1. März fallen gelassen, sich derselbe betreffs Behandlung der Tarifffrage mit der Verbandsleitung in Uebereinstimmung befunden, die gewiß nicht allgemein befriedigenden Erfolge acceptiert und der

für den 15. Mai in Aussicht genommenen weiteren Tariffberatung zugestimmt habe. Als dann Ende April die Leipziger Prinzipalchaft das seitens ihrer Vertreter bei der Tariffberatung gegebene Versprechen, den neuen Tarif schon anfangs Mai einzuführen, nicht eingelöst, habe er aber vollständig umgepöckelt und gegen jede weitere Beteiligung der Gehilfenchaft agitiert. Die schon für jedes Mitglied verbindliche Nichtschonung sei vom „Corr.-Red.“, der mit darüber zu wachen habe, daß Ordnung und Disziplin in der Organisation aufrecht erhalten bleibe, in größlicher Weise ignoriert worden. Nicht genug, daß Kollege Gafch in unserem Organ der Zentralleitung entgegengearbeitet, habe er sich nun auch noch als Reizent in der letzten Leipziger Versammlung in offenes Gegenstück zu der Verbandsleitung und den Beschlüssen unserer Tariffvertreter gestellt. Durch sein Auftreten in der betreffenden Versammlung sah sich der Vertreter für Sachsen veranlaßt, sein Mandat niederzulegen. Das sind nicht mehr disziplinwidrige Quertreibern, das ist ein Aufbegehren der Mitglieder gegen die Verbandsleitung und dieses kann sich keine Organisation bieten lassen. Man stehe nicht auf dem Standpunkte, daß dem Redakteur jede selbständige Meinungsäußerung zu beschneiden sei, jedoch das Bortliegende gehe zu weit und bedinge die Konsequenz, daß der jetzige Redakteur nicht mehr auf seinem Plage bleiben kann.“ Also Herr Salomon! Ihr Examen für den nächstjährigen Schriftführerposten haben Sie schlecht bestanden, denn so liefert man nicht „objektive“ Berichte. Und nun will ich noch verraten, weshalb ich die Redakteur-Debatte aus dem Berichte fortließ: Nicht etwa, wie Herr S. meint, „man scheint die Öffentlichkeit zu fürchten, wie das Kind das Feuer,“ sondern, weil, wie der Vorsitzende in seiner Einleitung hervorhob, am Donnerstag dem 14. Mai eine Besprechung sämtlicher Gehilfenvertreter im Beisein des Redakteurs zwecks Regelung dieser Angelegenheit stattfinden sollte. Bedinglich aus diesem Grunde hielt ich es im Interesse der Organisation für richtig, die ganze Angelegenheit zu verschweigen. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß mir der Satz: „Die Debatte usw. ist wohl so niederschmetternd auf verschiedene Herren gewesen, daß man diesen Punkt fortlich“ vollständig unklar ist. Da ich während meiner dreijährigen Thätigkeit stets selbständig die Berichte abgefaßt, auch noch nie Direktiven von irgend einer Seite empfangen, ob und was ich veröffentlichten soll, so ist diese Anspielung des Herrn S., als wenn andere Personen dabei im Spiele wären, ebenso „wahrheitsgemäß“, wie die ganze Ergänzung zu meinem Bericht. A. Blumenthal, Schriftführer des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Zur Aufklärung. Der Unterzeichnete wäre dem Kollegen Blumenthal dankbar gewesen, wenn er nicht die Vorgänge in der Berliner Versammlung verschwiegen und ihm schon damals Gelegenheit gegeben hätte, die öffentlich gesehnen Unwahrheiten richtig zu stellen. Der Corr.-Redakteur wollte am 11. März die Kollegenchaft nach Maßgabe des von Herrn Döblin gebilligten Artikels „Eventualitäten“ in Nr. 30 des Corr. zum Vorgehen aufgefordert wissen, in dessen das erklärte Herr Döblin (wie mehrmals vorher) auf die wegwerfende Weise für unangänglich. Die Kollegenchaft habe keinen Mut und sei bloß so begeistert, weil die Prinzipale sich auf Verhandlungen eingelassen, dadurch hätte man Courage bekommen. Darauf erklärte der Unterzeichnete dem Verbandsvorsitzenden, daß er mit solchen Führern, wie ihm, der derartig denke, allerdings keinen Kampf wagen möchte, denn er würde uns wie 1891 ruinieren. Kurz vor den Verhandlungen des 11. März stellte in einem Telegramm an den Zentralvorstand die gesamte Redaktion (gez. Gafch, Härtel, Schmitz) die Arbeit ein, weil ein Birtular an die Gauvorstände ergangen war, durch das, wie das 1891 wiederholt geschehen, erklärt wurde, zu irgend welchem Kampfe dürfe es keinesfalls kommen. Das war, wenn es irgendwie an die Öffentlichkeit kam, das Uvis an die Prinzipale, nichts zu bewilligen und der Richtigkeit, zu verhandeln mit dem Bewußtsein, eventuell nichts erzwingen zu wollen, wollte ich nicht entgegengehen. Döblin kam noch selben Tags nach Leipzig, ergab sich für einen Augenblick und unterschrieb die von der Redaktion ihm vorgelegte „Bekanntmachung“ in Nr. 29, nach der er aber ebensowenig zu handeln gejonnen war noch handelte, wie nach dem mit seiner Bewilligung veröffentlichten Artikel „Eventualitäten“. Da aber ein Protest der Gauvorstände gegen das Birtular mir nicht bekannt wurde, so mußte ich (und auch nach einer im Dezember stattgefundenen Abstimmung) annehmen, daß man keinen Kampf wolle. Das mußte ich berücksichtigen und habe nun unter diesen Umständen noch etwas herauszuschlagen gesucht, obgleich die Gehilfenvertreter schon in ihrer Vorbesprechung fast alles als „Handelsobjekte“ aufgegeben hatten; nicht mal Neben sollten auf dem Kommerz vor den Verhandlungen gestanden werden. Die Tarifgemeinschaftsvorlage ist in meiner Anwesenheit von Bürgenstein sozusagen diktiert worden, ich habe auf Wunsch stillschweigend geholfen, aber fast jedem Paragraphen widersprochen, konnte aber nicht allein die Sitzung verlassen, weil Bürgenstein bei Sträuben unsererseits drohte, anfang

Maß den Tarif nicht zur Einführung zu bringen. Das wollte ich aber nicht verhindern. Als mich die Sitzung verließ, glaubte ich über die Unannehmlichkeit des Nachwerks mit Döblin und Medel einig zu sein und habe dasjenige später von der günstigen Gelegenheit des Beschlusses der Leipziger Innung an demgemäß bekämpft. A. Gafch.

**Dresden.** Die heute Dienstag den 2. Juni abends abgehaltene großartige, von 600 Kollegen besuchte allgemeine Buchdrucker-Verammlung nahm ein fast zweistündiges Referat des Kollegen Gafch entgegen über die Tarifgemeinschaft und ihre Wirkungen auf den Verband, worin die Tarifgemeinschaft aufs schärfste kritisiert und verworfen wurde. Darauf plädierten die Kollegen Döblin und Steinbrück in längerer, größtenteils jedoch sich auf die Person des Referenten beziehenden Neben für die Tarifgemeinschaft. Golbs sprach gegen und Gafch replizierte. Steinbrück brachte eine Resolution sächsischer und altenburgischer Vereinsfunktionäre für Wahl von Beihilfenvertretern ein. Die Versammlung verwarf in einer umfangreichen Resolution die Tarifgemeinschaft, Wahlen u. dgl. mit Dreiviertelmehrheit. Die Abstimmung wurde zweimal, das zweite Mal infolge Anweisung durch Hammelsprung vorgenommen.

**Frankfurt a. M., 30. Mai.** Eine heute abgehaltene, stürmisch verlaufene allgemeine Buchdrucker-Verammlung nahm den Bericht der Tarifverhandlungen entgegen. Kollege Karl Dominé bedauert das Verhalten des Redakteurs Kollegen Gafch. Verwunderlich sei dessen jetziger Standpunkt; habe derselbe doch vordem jezt mitgearbeitet zur Herbeiführung einer neuen Tarifgemeinschaft. Im letzten Augenblicke sei er aber dieser hindernd in den Weg getreten. Kollege Gafch habe sich in tatsächlichen Fragen wie die laut Beschluß der Generalversammlung mit dem Hauptvorstand zu verständigen, während ihm sonst freie Hand gelassen sei. Bezüglich der Berliner Verhandlungen erwähnt Redner, daß die letzte allgemeine Versammlung ihre Zustimmung zu dem Eintritt in die Tarifverhandlungen gegeben habe. Nachdem diese nun erfolgt, so könne man das Resultat immerhin als befriedigend anerkennen. Die Dauer der Festsetzung des neuen Tarifs beträgt fünf Jahre (vom 1. Juni 1896 bis 1. Juni 1901). Sei nach drei Jahren der neue Tarif nicht allgemein eingeführt, so könne derselbe kündigt werden. Eine Erhöhung des Lohnniveaus für den von ihm vertretenen Kreis sei nicht zu erreichen gewesen, da der Prinzipalvertreter Herr Hohmann erklärte, daß er den Auftrag habe, falls der Beihilfenvertreter darauf bestände, für seine Person die Verhandlungen abzubrechen. Was die Einführung der verkürzten Arbeitszeit, sowie die Lohnhöhung speziell in Frankfurt anbelange, so habe er das Vertrauen, daß dieselbe vom 1. Juni ab in den größeren Geschäften ohne Schwierigkeiten in Kraft treten würde. Es habe sich auch Herr Oberrieth, der Prinzipalvorsitzende des hiesigen Kreises, in diesem Sinne geäußert. Redner vertieft dann die Sagen der neuen Tariforganisation und betont nach dem besonders die Vorteile die sie uns bringe durch Wiederaufnahme der Stettiner Resolution. Die bestehenden Arbeitsnachweise vermitteln nur denjenigen Prinzipalen und Beihilfen, die nicht gegen den Tarif verfallen. Ebenso seien die Prinzipale gewillt, den Beihilfensuchereien entgegenzutreten. Die Sagenen bestimmen, daß in den verschiedenen Tagesblättern auf solche Geschäfte hingewiesen und die Eltern gewarnt werden, ihre Söhne dort in die Lehre zu geben. Die Kosten des einzuführenden Tarifantes tragen Prinzipale und Beihilfen zu gleichen Teilen. Den Vorwurf, daß die Beihilfen in Städten unter 20 000 Einwohnern leer ausgingen und wir dadurch in zwei Parteien geteilt würden, könne er nicht anerkennen, denn die Bestimmungen sagen, daß in solchen Städten die Majorität der Stimmen für oder gegen den neuen Tarif entscheidet. Bei Stimmengleichheit einer Partei entscheidet das Tarifamt. Redner glaubt, daß in diesem Falle die Beihilfen durchweg die Majorität besitzen werden. Daß es den Prinzipalen ernst sei, das Bewilligte einzuführen, beweise, daß jezt schon 7000 Kollegen nach demselben arbeiten. Kollege Obst kann die Verhandlungen nur aufs tiefste bedauern, seine Ansicht sei die, daß wir durch dieselben mehr verloren hätten als 1891, wir hätten jezt unsere Ehre zugelegt. Wie sich unsere Vertreter von Termin zu Termin vertrösten ließen, so daß wir jezt mitten in der flauen Zeit stehen, und ein energisches Veto nicht mehr einlegen können, das beweise, daß unsere Leitung sich Saumfeligkeit zu schulden kommen ließ und gleichzeitig auch den falschen Weg einschlug, man hätte den Einbruch gewinnen müssen, als wäre die Sache vom Zentralvorstand nicht ernst genommen worden. Redner wendet sich sodann in scharfen Worten gegen jede Tarifgemeinschaft, Was das Vorgehen des Redakteurs Gafch anbelange, so habe derselbe seine volle und ganze Sympathie. Gafch habe den Fehler, der begangen worden, noch rechtzeitig erkannt. Hätten unsere Vertreter ebenso ihre Schuldigkeit gethan wie dieser, so brauchten wir jezt nicht bekämpft auf die Tarifverhandlungen zurückzublicken. Kollege Scheuerle nimmt ebenfalls Redakteur Gafch in Schutz und er weist auf die Verdienste desselben hin und glaubt, daß die Mehrheit der Kollegen hinter demselben stehen werde. Redner verurteilt auch die Festlegung des Tarifs auf fünf Jahre. Die Beihilfenvertreter hätten ihren Auftrag nicht erkannt. Beschämend sei das Verhalten der Vertreter gewesen, die sich bei den Prinzipalen als

Gäste betrachtet hätten. Daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllt, daß sie schon daraus ersichtlich, indem die Prinzipale festsetzten: Die Arbeitszeit ist pünktlich zu beginnen und einzuhalten; daß die Arbeitszeit aber auch pünktlich zu beenden sei, das hätten allerdings die Beihilfenvertreter (was wohl am Plage gewesen) nicht verlangt. Verwunderlich und nicht zu begreifen sei es auch, daß sich die Beihilfenvertreter dazu hergegeben auf Wunsch der Prinzipale Gafch ein Mittrauensvotum auszusprechen. Kollege Ernst Dominé spricht ebenfalls seine Ansicht dahin aus, daß unsere Vertreter ihr Amt nicht richtig ausgeführt hätten. Der einzig richtige Weg sei der Gafch gewesen. Man hätte sich nicht auf die Besprechungen der Prinzipale einlassen sollen. Wie diese gehalten würden, das sei ja schon so oft zur Genüge bewiesen. Redner brachte dann die bereits mitgeteilten Resolutionen ein. Kollege Hosten spricht im Sinne des Vorredners. Kollege Karl Dominé erklärt, daß er sein Amt genau nach der Stimmung seines Kreises, den er vertritt, ausgeführt habe; er vermahnt sich dagegen, daß man ihnen vorwerfe, daß sie nicht ehrlich gehandelt hätten (wie ein Redner bemerkte). Gafch habe nicht auf eigene Faust im Corr. Politik dürfen; dies sei ein Fehler gewesen, wenn derselbe auch sonst im vollen Maße seine Schuldigkeit gethan habe. Kollege Gafch hätte seine Anschauung bei den Verhandlungen zum Ausdruck bringen können. Daß die Beihilfenvertreter sich nicht als Gäste betrachtet hätten, das beweise ja schon der Anfang der ganzen Tarifverhandlungen, wo sie sich entschieden dagegen verwahrten. Die Anschuldigungen, die man den Vertretern, die ihre Schuldigkeit gethan hätten, entgegenwerfe, seien nicht stichhaltig und müsse er denselben jede Berichtigung absprechen. Hätten die immerwährenden Kritiker sich an die Wirklichkeit gehalten, so hätten sie einsehen können, daß das was im Frieden erreicht werden konnte, erreicht worden sei, den Kampf haben die Beihilfen ja nicht gewollt. Von der stattgefundenen Friedensstörung wären es nur die Prinzipale, die den Vorteil daraus zögen. Kollege Dörfling ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, nur das eine, daß wir mit dem Erreichten zufrieden sein könnten, das möchte er nicht unterschreiben, gleichzeitig warnt er vor Ueber-einandersetzungen, wie sie von verschiedlenen Rednern fundgethan seien. Redner bringt sodann eine Resolution ein, welche sich mit der Thätigkeit unserer Vertreter einverstanden erklärte. Kollege Scoralik erkennt die Schwierigkeiten des Handelns mit den Prinzipalen an. Was die Tarifgemeinschaft anbelange, so habe dieselbe uns immerhin viel Nutzen gebracht und könne er auch jezt nur für eine solche wieder eintreten. Die Festlegung auf die Dauer von fünf Jahren sei aber entschieden zu lang und habe er eine solche nicht erwartet. Was er (Redner) bis jezt vermisse, das sei eine Aufforderung des Prinzipalvertreters, Herrn Hohmann-Darmstadt an die Prinzipale seines Kreises zur Einführung des neuen Tarifs. Redner spricht ebenfalls gegen eine Maßregelung Gafchs. Wegen des tatsächlichen Fehlers sei ihm ja ein Vorwurf zu machen. Dabei müßte aber die Sache wenden. Nachdem noch verschiedene Redner für und wider gesprochen, wurde zur Abstimmung geschritten. Es gelangen die beiden Resolutionen Ernst Dominés zur Annahme, erstere bez. der Tarifverhandlungen mit 47 gegen 37 Stimmen bei starker Stimmeneinhaltung, letztere (für Corr.) fast einstimmig.

**N. Oera.** Der Ortsverein Oera hielt Sonnabends den 30. Mai eine außerordentliche Versammlung ab, welche von zwei Dritteln aller hiesigen Mitglieder besucht war. Gegenstand der Beratung bildete die Stellungnahme zu den neuen Tarifabmachungen. Die Aussprache darüber war eine sehr erregte, namentlich kamen die Beihilfenvertreter wenig glimpflich dabei weg. Es sei geradezu eine Schmach für die deutsche Beihilfenschaft, in eine Festlegung der Tarifgemeinschaft auf fünf resp. drei Jahre und noch dazu mit vierteljährlicher Kündigungsfrist einzugehen, es gebühre den Beihilfenvertretern unbedingt ein Mittrauensvotum; auch könne man sich nicht genug wundern darüber, daß Beihilfenvertreter sich zu jener Erklärung gegen die Corr.-Schriftleitung haben hergeben können. Dem Zentralvorstande wurde der Vorwurf der Kopslosigkeit gemacht. Vornehmste Aufgabe der Beihilfenschaft sei es jezt, die eingegangene Tarifgemeinschaft wieder null und nichtig zu machen, was durch Hervorrufen einer Protestbewegung gegen dieselbe, durch Nichtteilnahme an den Wahlen für den Tarifauschuß und durch eine Urabstimmung, herbeigeführt durch die Verbandsleitung, zu erreichen sei. Letztere würde namentlich zur Evidenz beweisen, daß nur ein Bruchteil der Verbandsmitglieder die Segnungen der neuen Tarifgemeinschaft über sich ergehen lassen will. Resultat der Versammlung war nachstehende Resolution, die gegen drei Stimmen Annahme fand: „Die hiesige Mitglieder-Versammlung kann sich mit den in Berlin gefaßten Beschlüssen des Tarif-Ausschusses nicht einverstanden erklären. Namentlich drückt sie ihr höchstes Mißfallen aus über die Festlegung des Tarifs auf fünf resp. drei Jahre, worin sie eine Schädigung der Aktionsfreiheit der Beihilfenschaft erblickt. Ebenso findet die Versammlung unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen mit der früheren Tarifgemeinschaft die neugeschaffene Tariforganisation für durchaus verwerflich. Gleichzeitig sprechen die Anwesenden der Corr.-Schriftleitung für die bisherige Haltung des Blattes ihr volles Einverständnis aus und hoffen, daß Kollege Gafch wie bisher auch ferner unnaachlässig die Interessen der Beihilfenschaft energisch wahren werde. Der Hauptvorstand wird ferner aufgefordert, eine Urabstimmung über die

Tarifabmachungen herbeizuführen. — Am hiesigen Orte haben zur jezt nur zwei Firmen die neuen Tarifabmachungen eingeführt; es sind dies die Firmen Ernst Günther und Herrn. Schmidt; alle übrigen haben auf einen späteren Termin vertröftet. In den Druckereien von Fischen & Habentich und Hermann Stroh besteht bereits seit 1891 die neunständige Arbeitszeit und haben auch die jüngsten Vorgänge daran nichts geändert.

**Ferlach, 30. Mai.** Stellungnahme zur neugeschaffenen Tarifgemeinschaft — das war der Hauptpunkt, mit dem sich unser Ortsverein in seiner letzten Versammlung beschäftigte. Nach einer lebhaften Diskussion, in welcher scharfe Kritik geübt wurde über die neuesten Vorgänge innerhalb unsers Verbandes und das Verhalten der Beihilfende-treter, ebenso über den neuesten „Ufa“ des Zentralvorstandes gegen den Corr.-Redakteur, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Ferlach kann sich im Hinblick auf die minimalen Bagehändnisse der Prinzipalvertreter mit der fünfjährigen Gültigkeitsdauer des neugeschaffenen Tarifs nicht einverstanden erklären, weil dadurch die Aktionsfreiheit der Kollegenschaft gelähmt wird; aus diesem Grunde protestiert die Versammlung auch gegen jede Tarifgemeinschaft und richtet an den Hauptvorstand das Ersuchen, sofort eine Urabstimmung betr. Zurückziehung des Beihilfenvertreters des Kreises II herbeizuführen. Sodann erbliden wir in dem durch den neuen Tarif sanktionierten ungleichen Arbeitsverhältnisse zwischen Klein- und Großstadt wie Segern und Druckern eine auf die Dauer das Verbandsinteresse schwer schädigende Bestimmung. Des fernern weist die Versammlung das seitens der Beihilfenvertreter in Gemeinschaft mit den Prinzipalvertretern dem Corr.-Redakteur ausgesprochene Mißbilligungs-votum energisch zurück, spricht vielmehr dem Kollegen Gafch für seine ausdauernde papiertätige Thätigkeit während der Tarifverhandlungen ihre volle und dankbare Anerkennung aus.“

**Leipzig.** Die gestern am 1. Juni, abends, hier abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Verammlung, in der sowohl Herr Döblin als der Beihilfenvertreter des Kreises VI, Herr Ras, nebst einigen anderen auswärtigen führenden Personen der Beihilfen anwesend waren, nahm einen sehr lebhaften, dabei jedoch musterhaften Verlauf. Die oppositionelle Stimmung gegen die Tarifabmachungen der in imposanter Weise zusammengestrübten Leipziger Beihilfenschaft, die den großen Theaterraal des Kriehallenpalastes dicht gedrängt Kopf an Kopf besetzte und mit 1800 Personen eher zu niedrig als zu hoch geschätzt wird, kam schon bei der Bureauwahl zum Ausbruch. Die Leitung der Versammlung wurde den Kollegen Schneider, Köhler und Kressin übertragen. Vor Eintritt in die Verhandlungen eruchte der Vorsitzende um Ruhe und sachliche Diskussion. Diesem Wunsche schloß sich der Referent, Kollege Gafch an, mit dem Bemerkten, daß er ebenfalls alles Persönliche fernhalten wolle, soweit Sache und Person zu trennen seien. Was die jezt jedoch infolge der Debatte ein entgegengesetztes Verhalten notwendig, werde er seinem Referate einen zweiten Teil hinzufügen. Leipzig könne sich das Verdienst anrechnen, nicht mitgemacht zu haben an dem, was man jezt allgemein als einen Schandfleck bezelühne (sehr richtig!). Es sei schlimmer geworden als er gedacht. Das schwächmütige Auftreten der Beihilfenvertreter habe die Prinzipale dreist gemacht und sie glaubten nun, ihre geheimsten Pläne durchsetzen zu können. So sei aus der anfänglich vorgesehenen dreijährigen Dauer des Tarifs eine solche von fünf Jahren geworden und auch die Kündigungsfrist desselben laufe auf ein halbes Jahr hinaus. Ebenso habe man die Prinzipal-Arbeitsnachweise beibehalten und gemeinsame vorgezogen, dabei gar nicht daran denkend, wach fürchtbare Geißel dieselben für die Beihilfenschaft werden könnten. Redner verweist hierauf auf die Entwicklung des Leipziger Arbeitsnachweises. Ja selbst die Innungsgerichtsgerichte habe man neben den Tarifgerichtsgerichten acceptiert. Auch die Beratungen des Tarifs hätten die schönsten Blüten gezeitigt. So habe man den Speparagrafen preisgegeben, ja, allem Anscheine nach — und darüber verlange er von dem anwesenden Beihilfenvertreter Ras eine Erklärung — sogar die Beihilfenskala des Prinzipaltarifs anerkannt. (Hutruhe.) Ferner solle ein Tarifkommentar ausgearbeitet werden, damit die Beihilfen nicht im Zweifel seien wie die Prinzipale den Tarif ausgelegt wissen wollen. Letztere verlangten einfach, daß der Verband seine ganzen Institutionen opfere, während erstere selber von den Irgenden nicht eine einzige preisgeben wollen, die Beihilfenvertreter seien einfach in das Joch gezogen. Schließlich habe man dann um der Beihilfenschaft Sand in die Augen zu streuen, etwas angenommen, was der Stettiner Resolution ähnlich sein solle. Letztere habe aber tarif-untreue Beihilfen von der Platzierung in Tarifdruckereien abhalten wollen, die jeztige Resolution wolle derartige mit unschuldigen jungen Leuten, die ihre Lehre in Nichttarifdruckereien absolvierten, nach Jahren, wenn sie ausgelernet haben, anstellen. Das Tarifamt solle von bezahlten Beamten verwaltet werden. Redner erläuterte die moralischen Gefahren, denen sich die betreffenden Personen aussetzen, mit einem Hinweis auf den Zeitungs-Redakteur. Die Stelle des Tarifbeamten würde ebenfalls von der Gnade der Prinzipale abhängig sein. Die Beihilfenvertreter seien blind genug gewesen, die Züchtung solcher Renegaten erfolgen lassen zu wollen. Ein weiterer „Mumpst“ der Berliner Verhandlungen sei der Beschluß, den Tarif sofort drucken zu lassen, an seine Einführung würde weniger gedacht. Das Schlimmste sei jedoch das

Tarifamt, das sogar Ausgaben des Verbandes, wie die Pflege der Statistik betreiben und damit dann den Beweis erbringen solle, wie gut es den Gehilfen gehe. Ob die Gehilfenvertreter denn noch nicht an der ihnen von den Prinzipalen vorgelegten Statistik über die Lebensmittel und Wohnungen genug gehabt hätten? Auch solle das Tarifamt, also Prinzipale, den Gehilfen „Recht“ sprechen! Des fernern habe das Tarifamt Gelder aufzubringen! Wie schließlich ein solcher Kriegsfonds einmal wirken könne, wenn die Einigkeit mit den Prinzipalen aus dem Leime ginge, darüber schreie man ebenfalls keine Ahnung zu haben. Die Inflationierung dieses gemeingefährlichen Amtes sowie die Festsetzung der Beiträge solle nun am 17. Juni in Berlin vorgenommen werden. Er, Redner, glaube jedoch, daß die Gehilfenschaft den Gehilfenvertretern diese Reize versagen würde. (Sehr richtig! Lebhaftes Zustimmung.) Die Prinzipale wollten die Gehilfen langsam anfüttern und getrauten sich nicht, auf einmal mit ihren reaktionären Plänen an das Tageslicht zu treten. Man sage nun, durch alle diese Abmachungen würde der Verband der Deutschen Buchdrucker nicht alteriert, hauptsächlich stärke er aber dadurch zum Gutenberg-Bunde herab. (Sehr richtig!) Er verwahre sich dagegen, daß der Verband sich zum Handlanger der Prinzipale herbeige, die Gehilfenschaft brauche keine Bevormundung durch die Unternehmer (Lebhaftes Zustimmung!). Aber der Plan habe noch eine andere Seite, man bedevote wie aus dem „Nachwort“ der kürzlich erschienenen Broschüre hervorgehe, den Arbeitern das Koalitionrecht zu rauben. Doch wie er die Buchdruckerschaft Deutschlands zu kennen glaube, gäbe diese sich nie und nimmer zu derartigen dummen Plänen her. (Lebhafter Beifall.) Redner schilderte sodann einzelne Vorgänge, die sich seit der Wandankniederlegung in Sachen und bei den Tarifverhandlungen in Berlin zugetragen haben. Neben andern kritisierte er die eigenartige Art und Weise der erfolgten Festsetzung der Sozialzuschläge. Die Behauptung, daß wenn Sachen bei den Berliner Verhandlungen vertreten gewesen wäre, Leipzig, Chemnitz usw. den Sozialzuschlag erhöht erhalten hätten, sei angehtig der vorliegenden Erklärungen des Prinzipalvertreters des Kreises eine der Unrichtigkeiten, mit denen gewisse Leute hausieren gingen. Ein Herr Sievert habe es ohne Widerspruch bei den Verhandlungen wagen dürfen, die Haltung des Corr. zu verurteilen. Auch stelle das Protokoll fest, daß Döblin, der doch in seiner Eigenschaft als Verbandsvorstand der Verhandlungen betheiligte, genanntem Richterwörter erklärte, nicht den Verband, sondern die Allgemeinheit, also die Richterwörter mit, zu vertreten. So wäre es ja auch in der That gewesen. (Beifall und Beifall.) Aber ein solches Verhalten müsse Gestalten erregen, denn in Sachen hätten bereits zwei getrimte Landeskonferenzen stattgefunden, wo die Wahl eines neuen Vertreters beschlossen worden sei. (Große Entrüstung. Rufe: Nehmen sich dies heraus!) Er hoffe, daß sich in Leipzig kein Kollege an einer solchen Wahl betheilige. Die Pläne der Prinzipale habe er, Redner, sofort für uferlos erklärt, jedoch um die gemachten geringen Zugeständnisse nicht zu gefährden, mit dem Urteile zurückgehalten. Als dann aber die Annahme in Leipzig selbst die Meinstimmen nicht bewilligte, habe er sich gesagt, daß es Zeit sei, die Verhandlungen abzubrechen. Man verzeihe es jetzt auch, ihn, den Redner, zum Sündenknüttel für die Maschinenmeisterfrage zu machen. Allerdings sei ihm die Idee zuerst in der Not gekommen und er habe sie auch den Gehilfenvertretern mitgeteilt. Aber an den Klauseln trage er keinen Anteil. Den Gedanken werde man seiner Meinung nach, wolle man die feste Bilanz des Kapitals gegen die Vertüfung der Arbeitszeit durchbrechen, später ausbauen und benutzen müssen. Denn der Gang der Maschine sei für das Kapital eine Lebensfrage. Die Maschine sei da zum arbeiten, aber die Arbeiter daran dürften sie nur kurze Schichten, wenn auch unschichtig, bedienen. An allen übrigen Beschlüssen trage er keinen Anteil. Mit einem warmen Appell, sich von dem Produkte der Berliner Verhandlungen fernzuhalten, schloß Johann Redner unter donnerndem Beifalle sein Referat. Kollege Döblin steht persönlich auf dem Standpunkte, daß es angebracht sei, einen gründlichen Meinungsaustausch herbeizuführen, weil die Kampfweise nicht mehr anständig gewesen sei. (Stürmische Unterbrechung.) „Gönnen Sie mir doch aus Mitleid eine Gnadenfrist, wenn ich sterben muß. Ich bin nicht der Mann der bleichen Furcht, ich werde so lange zu Ihnen sprechen, als ich es für notwendig halte.“ Die Bewegung sei insichert worden, weil das bisherige Verhältnis unhaltbar war. Gerade die Leipziger Kollegen hätten am meisten darunter gelitten. Sie haben den ersten Anstoß gegeben. G. sage meine, lediglich der Kampfstandpunkt sei richtig. G. sage aber früher sogar die Notwendigkeit der lokalen Verhandlungen betont. Weil wir wußten, daß G. sehr schwankend ist, haben wir ihn zu allem herangezogen. G. distrahire die Organisation in jeder Weise und beschimpfe das eigne Recht. (Widerspruch.) Redner erläuterte in längeren Ausführungen, daß G. fortwährend herabdrückend bei der Tarifberatung mitgewirkt habe. Aber G. habe immer wieder Einreden gemacht. Die Belegblätter des D. B. S. sei nicht von den Gehilfenvertretern anerkannt worden. Möge G. mit seinem Bundesgenossen, der gesamten Parteipresse, auftreten, man werde ihn (Redner) bis zum letzten Augenblick am Platze finden. (Große Mißbilligung und Oh!) Der Redakteur unseres Blattes dürste keine Verwirrung anrichten. G. wolle nicht die Interessen der Buchdrucker vertreten, sondern

„ganz andere“. (Vorlesender erjucht den Redner, den Beweis dafür noch heute abend zu erbringen. (Beifall.) Leipzig sei nicht Deutschland, der Corr. müsse die ganze deutsche Bewegung berücksichtigen. G. werfe einem Vertreter vor, daß er früher anders geredet habe. Er selber habe sich aber auch geändert. Redner verlas zum Beweise eine im Jahre 1892 geschriebene Stelle im Corr., die die Prinzipale Frieden haben könnten, wenn sie die Drangsalierungen der Gehilfen unterließen, die Arbeitslosen einstellen usw. Betreffs der Festlegung des Tarifs auf fünf Jahre sei zu bemerken, daß dieselben nur bedingungsweise angenommen sei. Die Resolution der Gauvorsteher hätte G. geschrieben. Redner tadelte dann scharf, daß die politische Presse sich in unsre Sache mische. Er wisse eine jede Einmischung der Partei jurid. G. habe vielleicht notwendig, sich solchen Schutz zu suchen. Mit der Broschüre solle wohl ein Geschäft gemacht werden, da sie 10 Pf. koste. G. habe jedesmal als Führer Platz gemacht. Als Redakteur habe er jedoch gut gearbeitet. Wenn man G. folgen wolle, gut; aber so lange er da sei, werde er dagegen kämpfen. Es sei das gute Recht der Leipziger Gehilfen, ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben; aber man hätte auch ganz Deutschland mit zu berücksichtigen. Wir wollten doch jedenfalls nicht, daß die ganze deutsche Kollegenschaft darunter leiden sollte. Die Gehilfen würden aus den Einrichtungen des Tarifamtes und der Schiedsgerichte den Vorteil haben. (Gelächter!) Die Zukunft werde ja lehren, was das Richtige sei. Redner sprach dann die Broschüre und bemängelte, daß darin ausgeführt sei, daß Frhr. v. Berlepsch ebenfalls in die Sache wisse. Ferner kritisierte Redner die Ausführungen betreffs des Pattierens von Organisation zu Organisation und diejenigen der Offikation der Gehilfenklassen durch die Prinzipale. Betreffs der bei den Verhandlungen beschlossenen Resolution gegen den Corr. betonte Redner, daß man so viel Gerechtigkeitsgefühl haben müsse, beiden Seiten den verdienten Tadel auszusprechen. Er hätte G. gern noch länger gehört, wenn er es nicht gar zu arg getrieben hätte. Wenn G. sich als den Rabiaten hinstelle, so habe er kein Geschäft für die große Verantwortlichkeit. Es sei kein richtiger Standpunkt, die Gehilfen mit Phrasen aufzuspielen. Redner polemisierte dann gegen die Leipziger Volkszeitung, die Bant und Zwist in unsere Reihen hineintrage. Es sei eine Unwahrheit seitens G. G. sage, daß er (Redner) betont habe, die Gehilfenvertreter ständen nur auf dem Standpunkt der Allgemeinheit. Es gebe nur zweierlei: Entweder Sie acceptieren das, was die Gehilfenvertreter ausgemacht haben (Widerspruch, Rufe: Nein!) oder nicht. Die Gehilfenvertreter haben es im Interesse der Gehilfenschaft gehalten, daß die Prinzipale auch jetzt zurücktreten müßten. Wir könnten zu jeder Zeit zurücktreten. Wenn die Schmutzkohle und das Behaltungsunwesen beseitigt sei, dann könne auch leichter eine Lohnerhöhung erzielt werden. Das seien die taktischen Erwägungen, von denen die Gehilfenvertreter ausgegangen seien. Redner wurde zum Schluß des öftern unterbrochen, als er dringend auseinandersetzte, es sei das vorteilhafteste, die Tarifabmachungen anzunehmen. Die Erklärung gebe er ab, daß wenn er sich mit der großen Mehrheit nicht mehr im Einklang fühle, er abtreten werde. Aber den Freunden, die im Leben stehen wollen, räume er nicht den Platz. Er werde solange bleiben, als die große Mehrheit auf seiner Seite steht. (Beifall.) Kreschmar legte dar, daß die heutige allgemeine Versammlung auf Veranlassung der vor einigen Tagen stattgefundenen Maschinenmeisterversammlung einberufen worden sei. Noch keine Tarifverhandlung habe soviel Bewirung angerichtet als die jegliche. Er verwerfe entschieden die geplante Tarifgemeinschaft. Herr Nibel: Auch er gehöre zu denjenigen, über welche wahrscheinlich der Stab gebrochen werde. Er erkläre jedoch, das Wort der Versammlung anzuerkennen, denn er wisse, daß die Leipziger Kollegenschaft in solch wichtiger Angelegenheit mit Bedacht und Bewußt voliere. Redner machte sodann ebenfalls Kollegen G. für alles, was bei den Tarifverhandlungen beschlossen wurde, mit verantwortlich. Ohne dessen Vermittlungsversuche wäre es zum Bruche mit den Prinzipalen gekommen. Er, Redner, sei nach wie vor Gegner einer jeden Tarifgemeinschaft, nur die Verhältnisse Leipzigs, wie sie seit dem Streik eingetreten, hätten ihn veranlaßt, zu handeln, wie er gethan, denn er bezweifle, mit offenem Biss weiter zu kommen. Redner wendet sich sodann gegen die satirische Form, in der Kollege G. sich verhalten habe. Auf einen Zwischenruf hin erklärt Redner das veröffentlichte Prinzipalprotokoll für gefälscht, der Herr Wiener habe seinen alten Haß gegen ihn bekräftigt. Dann wendete sich Redner gegen die Einmischung der Arbeiterpartei in die Angelegenheit der Buchdrucker, dabei auf Verhältnisse in der hiesigen Parteidrucker und in derjenigen von Halle a. S. eingehend, diese mit aller Schärfe verurteilend. Er sei nur deshalb für eine Beschädigung der Schlußkonferenz gewesen, um nächstes Frühjahr unerwartet loszuschlagen zu können. Dies sei jetzt unmöglich geworden. Redner spricht sich sodann in persönlicher Sache betr. der Sekretärstelle des Tarifamtes aus. Schließlich referierte sich Redner dahin, es würde, wenn auch heute der Strom über seinem Kopfe zusammenschlagen sollte, doch wieder eine Zeit kommen, die ihm Recht gebe. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung erhält nun wieder Kollege G. das Wort zu folgenden Ausführungen. Die persönlichen Angelegenheiten seien nicht von ihm in die Debatte hineingetragen worden, doch läge

er sich jetzt gezwungen ebenfalls darauf einzugehen. Es sei selbstverständlich, daß er an den Verhandlungen teilgenommen habe, wäre er doch dazu als Redakteur berufen worden. Mit den lokalen Verhandlungen habe er einen Anteil in das Unternehmertum treiben wollen, da es von den einzelnen Prinzipalen leichter sei etwas zu erreichen als durch zentrale Verhandlungen seitens einer die Blüte des Unternehmertums umfassenden Vertretung. Was die Beschimpfung des eigne Rechts anbelange, so befände er sich in der angenehmen Lage, den Willen der Mehrheit der Kollegenschaft respektieren zu müssen, die nichts von den Abmachungen wissen wolle. Döblin gehe leider ein jedes Verständnis für die allgemeine Arbeiterbewegung ab. (Sehr richtig!) Die Kollegenschaft dürfe es sich nicht bieten lassen, daß ein Mann mit dem roten Lappen operiere, der an ihrer Spitze stehe. (Beifall und allgemeine Zustimmung.) Er, Redner, werde stets auf das stolz sein, was er gethan. Wie würde Döblin es hinstellen, wenn er sagte, warum nennt Döblin die moderne Arbeiterbewegung in Gänjesüßchen, gibt er damit seine Bistienart bei der Bourgeoisie ab? Man solle deshalb unterlassen, ihm für sein Verhalten schmutzige Motive vorzuwerfen. Er habe so lange mit seinem Vorgehen gewartet, bis ihn die Not dazu gezwungen, bis die Gehilfenschaft verschärfert werden sollte. In interne Angelegenheiten dürfe sich die Partei nicht mischen, dies habe er oft im Corr. vertreten; aber bei der gegenwärtigen Angelegenheit sei die ganze Arbeiterklasse interessiert und darum das Eingreifen der Parteipresse gerechtfertigt. Es handle sich hier übrigens nicht um seine Person, sondern um Sein oder Nichtsein des Verbandes. Er wisse nicht, was der Verband noch neben einer solchen wie in Berlin ausgehenden Tarifgemeinschaft für einen Zweck habe. (Sehr richtig; allgemeine Zustimmung.) Wenn man kein Verständnis für das Gefährliche des Beginns habe, da höre eben alles auf. Mit einer Führerschaft, von solcher Auffassung, konnte er nicht noch einmal in den Kampf gegen die Prinzipale ziehen, deshalb habe er dem Verhandlungswege folgen müssen. Und wenn er dadurch wirklich einen Fehler begangen, so hätte er diesen doch sicherlich wieder gut gemacht, indem er noch zur rechten Zeit abgewendet und Front gemacht habe. (Allgemeiner Beifall, lebhaftes Zustimmung.) Wenn der Corr. nach dem Willen der Prinzipale redigiert werden solle, sei es doch besser auf die Zeitschrift f. D. B. zu abonnieren und man könne den Verband aufgeben und in die Groschenklasse eintreten. (Sehr richtig.) Er müsse seine ganze Bergangigkeit, sieben Jahrgänge des Corr., verzeihen, wollte er sich den Berliner Abmachungen fügen. Dazu sei er nicht geneigt. Was die Broschüre anbelange, so bekenne er sich zu deren Autorität (Allgemeines Bravo), sie sei das Produkt einer vierundzwanzigstündigen Arbeit und nur deshalb onomus erschienen, um eine völlig objektive Beurteilung zu fördern. Das Bestreben, ein Geschäft mit der Drucklegung zu machen, habe ihm ferngelegen, er habe sofort bei Uebergabe des Manuskriptes an die Druckerei erklärt, nichts dafür zu beanspruchen, der Preis müsse, um der weiten Verbreitung willen niedrig sein (wurde durch Zuruf aus der Mitte der Versammlung bekräftigt). Döblin habe die Broschüre in keinem Punkte widerlegen können, er habe sich mit seinen Versuchen nur ein Armutsgewand ausgestellt. Er, Redner, habe Nibel schonen wollen, jedoch nachdem man ihn so heftig angegriffen habe, müsse er auch die Person Nibels charakterisieren. Nibel habe bei den Verhandlungen eine eigenartige Rolle gespielt; er habe während der langen ersten Verhandlung kein Wort gesagt. Selbst den Prinzipalen sei das aufgefallen. Sie ärgerten, man kenne ihn ja gar nicht wieder, ob er vielleicht trank sei? (Gelächter.) Nibel habe Romm gegenüber geäußert, es gebe keinen Gegensatz zwischen Gehilfen und Prinzipalen. (Nibel bezeugt dies durch Zwischenruf als Unwahrheit.) Dann erwarre Redner, daß Nibel ihm durch eine Klage die Möglichkeit gewähren werde, seine Behauptung durch eblische Zeugenaussagen zu erhärten. Des weitern besprach Redner die Vorgänge, die sich um die Beschimpfung des Sekretärpostens im Tarifamt (zu welchem Nibel und Kreschmar ausserhalb gewesen) abgehandelt hätten. Kreschmar habe am 7. Mai an ihn geschrieben: „Am Samstag spricht hier Kreschmar, da laun ich mich gratulieren. Der Teufel hole den ganzen Tarif. Ich merke jetzt erst, was für ein Döhl ich gewesen bin“ und preise jetzt in Bayern den noch mehr verschlechterten Tarif als großartig an. Redner behauptete schließlich nochmals, daß er das persönliche Gebiet habe betreten müssen, aber er sei durch das Austreten der Redner dazu gezwungen worden. (Stürmischer Beifall.) Dehne wünschte dringend, daß über die von ihm eingebrachte Resolution noch heute abgestimmt wird, da man den angebotenen Maßnahmen seitens des Verbandsvorstandes zustimmen müsse. Echter widersprach und wünschte die Abstimmung, da sich noch mehrere Redner hätten einzulassen lassen, in der nächsten Versammlung vorzunehmen, er wurde jedoch durch den allgemeinen Ruf „Verschiebung“ unterbrochen. Kreschmar sagte, es sei notwendig, nach außen hin die Stellung Leipzigs zu kennzeichnen. Darauf wurde beschlossen, die Abstimmung vorzunehmen. Dasselbe ergab die Annahme (gegen 30 Stimmen) der folgenden von Kollegen Dehne gestellten Resolution: „Die am 1. Juni 1896 im Reichstagspalaste zu Leipzig tagende, von etwa 1800 Personen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung protestiert gegen die Beschimpfung der Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen in Berlin“